

Antrag 7/2007 „Beschluss zur antifaschistischen Politik DIE LINKE. Westsachsen“

Einreicher: Kreisvorstände Muldentalkreis und Leipziger Land

Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen Antifaschistische Politik der LINKEN Westsachsen

Antifaschismus ist ein wesentlicher Bestandteil des Gründungskonsenses der PDS. Er ist auch für die neue Partei DIE LINKE unverzichtbar. Als Sozialistinnen und Sozialisten fühlen wir uns dem Schwur der Häftlinge des KZs Buchenwald verpflichtet, die sich selbst befreien. Ihre Forderung, „Den Faschismus mit seinen Wurzeln auszurotten“, ist eine Aufgabe, die heute aktueller und dringlicher ist als jemals zuvor in der Nachkriegsgeschichte. Wir sind uns bewusst, dass es eine Reihe unterschiedlicher antifaschistischer Ansätze gibt. Solidarischer Streit um den jeweils richtigen Weg gehört notwendig zum Wesen des Antifaschismus. Für uns sind alle Menschen mögliche Partner beim antifaschistischen Handeln, die von der Gleichheit aller Menschen ausgehen und die für Selbstbestimmung und Mitbestimmung auf allen Ebenen eintreten.

Der Muldentalkreis, als ein Bestandteil des Kreisverbandes Westsachsen der Partei DIE LINKE, gilt seit Jahren als ein Schwerpunkt der extremen Rechten in Sachsen. Die NPD ist mit drei Personen im Kreistag vertreten, sitzt zudem in den Stadträten von Wurzen und Trebsen. Besonders der Südosten des Kreises ist ein Schwerpunkt der neonazistischen Kameradschaftsszene. Mit dem in Wurzen ansässigen Versandhandel „Front Records“ befindet sich im Kreisgebiet eine der bundesweit bedeutendsten Firmen, die mit Neonazi-Musik, Kleidung und anderen Utensilien der extremen Rechten handeln. Solche Naziläden spielen eine wichtige Rolle bei der Ausbreitung einer rechten Alltagskultur.

Dass die NPD im Kreis Leipziger Land bisher eine nur unbedeutende Rolle spielt, ist keineswegs ein Anzeichen dafür, dass das Problem der extremen Rechten als geringer einzustufen ist. In letzter Zeit ist ein deutlicher Zulauf zu neonazistischen Kameradschaften zu verzeichnen, die zugleich eine erhöhte Aktivität entwickeln. Mit Sorge registrieren wir, dass speziell die Kameradschaft Borna inzwischen Teil eines überregionalen Netzwerkes militanter Neonazis ist. Es ist nicht zu übersehen, dass es aus diesem Spektrum immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen besonders auf nicht-rechte Jugendliche kommt.

Es muss festgestellt werden, dass die Gefahr durch die extreme Rechte im Kreis Leipziger Land seit der Ansiedlung des Vereins „Gedächtnisstätte“ e.V. in Borna eine neue Qualität erreicht hat. Hier zeigt sich deutlich, dass es sich nicht um ein reines Jugendproblem handelt, sondern dass die Hintermänner und Akteure des Vereins teils aus der Mitte der Gesellschaft kommen und teils zu den Spitzen der Gesellschaft zählen. Ziel dieses Vereins ist eine Umdeutung der jüngeren Vergangenheit, indem sie die Deutschen von Tätern zu Opfern machen. Zugleich registrieren wir die Praktizierung einer offenen Zusammenarbeit dieses Vereins mit militanten Neonazis.

Wir vermissen auf Bundes- und Landesebene schlüssige Konzepte der jeweiligen Regierungen ebenso wie in unseren beiden Landkreisen. Die bestehenden Förderprogramme zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen sind nicht ausgereift, verfolgen teilweise falsche Strategien und sind finanziell nicht ausreichend. Die konkrete Ausgestaltung des „Lokalen Aktionsplans“ im Muldentalkreis unterstreicht, dass es eine falsche Entscheidung der Bundesregierung gewesen ist, die Koordination der Fördermittel in die Hände der Kommunen zu legen. Auch wegen dieser offenkundigen Mängel werden wir uns als Partei DIE LINKE vor Ort weiterhin aktiv in Diskussion und Umsetzung der Förderprogramme einbringen. Wir sehen uns aber zugleich in der Pflicht eigenständige Aktivitäten zur Zurückdrängung der extremen Rechten zu entwickeln.

Der Kreisparteitag beschließt:

1. Wir werden uns weiterhin über die IG Geschichte und durch den Kreisvorstand aktiv an Vorbereitung und Durchführung des jährlichen „Gedenkmarsches für die Opfer der Todesmärsche im Frühjahr 1945“ am Sonntag vor dem 8. Mai, dem Tag der Befreiung, beteiligen. Wir werden unter unseren Mitgliedern und außerhalb der Partei für eine breite Teilnahme werben. Darüber hinaus werden wir örtliche Veranstaltungen zum „Tag der Befreiung“ unterstützen.

2. Wir werden als Kreisverband weiterhin die Broschüre der IG Geschichte zum KZ Colditz bewerben und vertreiben, sowie die IG Geschichte bei der Durchführung von Veranstaltungen unterstützen. Besonders nutzen wir unsere jährliche Veranstaltung zum Antikriegstag um diesen Teil der Lokalgeschichte öffentlich zu thematisieren. Der Kreisverband Westsachsen der LINKEN unterstützt weitere lokale Projekte, zum Beispiel Erinnerung an die Geschichte des KZs Flößberg, um Widerstand und Verfolgung während der NS-Zeit nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

3. DIE LINKE Westsachsen wird sich weiterhin in lokalen und regionalen Bündnissen gegen die extreme Rechte, wie dem „Muldentaler Forum“, einbringen und ihren Beitrag zur Stabilisierung und Erweiterung solcher Bündnisse leisten. Daneben begrüßt und unterstützt DIE LINKE Westsachsen eigenständige Initiativen anderer Gruppen, Vereine und Verbände zu diesem Thema, wenn diese vom Grundansatz der Gleichheit aller Menschen ausgehen. Wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür werben und rufen unsere Mitglieder und Sympathisierenden zur Teilnahme auf.

4. Der Kreisparteitag fordert die Kreistagsfraktionen auf, nach Kräften darauf hinzuwirken, dass regionale Fördermittel zur Bekämpfung der extremen Rechten nicht demokratischer Kontrolle und Planung entzogen werden. Er ersucht sie weiterhin ihren Einfluss geltend zu machen, damit erfahrene und kompetente Vereine wie das „Netzwerk für demokratische Kultur Wurzeln“ künftig bei diesen Förderprogrammen angemessen berücksichtigt werden.

5. Der Kreisparteitag erwartet von den auf den Listen der LINKEN gewählten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, dass sie in den Wahlkämpfen das Problem der extremen Rechten thematisieren und diesen Kräften, so diese dort bereits vertreten sind, in ihren jeweiligen Gremien entgegenwirken. Der Kreisparteitag ersucht unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker dringend, die entsprechenden Fortbildungsangebote zum Thema des Kommunalpolitischen Forums und anderer Bildungsträger nach Möglichkeit zu nutzen.

6. Der Kreisverband Westsachsen der Partei DIE LINKE unterstützt durch Teilnahme, Werbung und Bereitstellung von Finanzmitteln die jährliche Durchführung des „Antirassistischen Sonntagsspaziergangs“ im Umfeld des UN-Tags gegen Rassismus in Wurzen. Er unterstützt außerdem andere antifaschistische Aktivitäten parteinaher Jugendstrukturen in seinem Gebiet.

7. Die Redaktion der Zeitung des Kreisverbandes wird beauftragt eine kontinuierliche Berichterstattung zur extremen Rechten in der Region zu gewährleisten.

8. Der Kreisparteitag begrüßt die regelmäßige Durchführung eines „Antifaschistischen Ratschlags in Sachsen“ am Samstag vor dem Holocaust-Gedenktag. Im Kreis der Mitglieder und Sympathisierenden wird für eine Teilnahme geworben.

9. Der Kreisparteitag fordert alle Mitglieder und Sympathisierenden auf sich in geeigneter Weise in örtliche Bürgerinitiativen einzubringen um zu verhindern, dass dort – wie in anderen Kreisen geschehen – Vertreter der extremen Rechten Einfluss gewinnen oder sie gar dominieren.